

**STADT.
CITY.
VILLE.
BONN.**

:rhein-sieg-kreis 

 **KREIS
AHRWEILER**

Bundesstadt Bonn – Kompetenzzentrum für Deutschland

**Position
der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler
zur Bonn/Berlin-Diskussion**

Inhalt

I. Ausgangslage: Hauptstadtbeschluss, Berlin/Bonn-Gesetz und Ausgleichsvereinbarung	2
II. Die Bundesstadt Bonn und ihre nationalen und internationalen Funktionen	4
Bonn als Kompetenzzentrum für Bildung, Wissenschaft und Forschung	5
Bonn als Kompetenzzentrum für internationale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung, Umwelt, Gesundheit, Landwirtschaft und Ernährung	7
Bonn als Kompetenzzentrum für Telekommunikation, Cyber-Sicherheit und Datendienste	9
Bonn als kulturelles Zentrum	10
III. Fazit	11
IV. Position	13

I. Ausgangslage: Hauptstadtbeschluss, Berlin/Bonn-Gesetz und Ausgleichsvereinbarung

Am 20. Juni 1991 fasste der Deutsche Bundestag den Hauptstadtbeschluss zur „Vollendung der Einheit Deutschlands“. Prägend für den Beschluss war der inhaltlich doppelte Charakter der Antwort auf die „Hauptstadtfrage“: Kein Komplettumzug von Bonn nach Berlin, sondern vielmehr eine Aufteilung von Aufgaben und damit verbundenen Arbeitsplätzen für die Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler. Zur Bekräftigung dieser historischen politischen Entscheidung wurde 1994 mit dem „Gesetz zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands“ (Berlin/Bonn-Gesetz) die Verlagerung der Verfassungsorgane Bundestag und Bundesregierung in die Bundeshauptstadt Berlin sowie die Wahrnehmung von Regierungstätigkeiten in Berlin und Bonn in geltendes Recht umgesetzt. Das Berlin/Bonn-Gesetz sah und sieht folglich eine „dauerhafte und faire Arbeitsteilung“ zwischen Bundeshaupt- und Bundesstadt vor:

- Alle Bundesministerien sollen in beiden Städten vertreten sein, jeweils mit einem Erst- bzw. Zweitsitz (§ 4 Abs. 1, 3).
- „Die Entscheidungen [...] sollen so gestaltet werden, daß insgesamt der größte Teil der Arbeitsplätze der Bundesministerien in der Bundesstadt Bonn erhalten bleibt.“ (§ 4 Abs. 4)
- „Erhalt und Förderung politischer Funktionen in der Bundesstadt Bonn in folgenden Politikbereichen: Bildung und Wissenschaft, Kultur, Forschung und Technologie, Telekommunikation, Umwelt und Gesundheit, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Entwicklungspolitik, nationale, internationale und supranationale Einrichtungen sowie Verteidigung“ (§ 1 Abs. 2).

Die genannten Politikbereiche spiegeln sich auch in dem mit dem Gesetz vereinbarten Ausgleich für die Bonner Region wider, der „die Folgen des Verlustes des Parlamentssitzes und des Regierungssitzes für die Region Bonn“ durch „die Übernahme und Ansiedlung neuer Funktionen und Institutionen“ ausgleichen sollte. „Neben der Verlagerung von Bundeseinrichtungen nach Bonn soll der Ausgleich insbesondere in folgenden Bereichen realisiert werden:

- Bonn als Wissenschaftsstandort,
- Bonn als Kulturstandort,
- Bonn als Standort für Entwicklungspolitik, nationale, internationale und supranationale Einrichtungen,
- Entwicklung Bonns zu einer Region mit zukunftsorientierter Wirtschaftsstruktur.“

(§ 1 Abs. 2 der Vereinbarung über die Ausgleichsmaßnahmen für die Region Bonn vom 29. Juni 1994)

22 Jahre nach seiner Verabschiedung ist das Berlin/Bonn-Gesetz unverändert in Kraft. Die Aufteilung der Bundesregierung auf zwei Standorte hat sich bewährt und funktioniert. Die bisherigen Antworten auf parlamentarische Anfragen sowie die vom Bundesministerium für Finanzen erstellten Teilungskostenberichte zeigen, dass es keine Erschwernisse bei der Zusammenarbeit zwischen den beiden Regierungsstandorten gibt. Die teilungsbedingten Aufwendungen sinken kontinuierlich und haben laut dem aktuellen Teilungskostenbericht 2015 mit 7,47 Mio. Euro einen neuen Tiefstand erreicht, die Einsparungen durch die Nähe Bonns zu Brüssel und den Bevölkerungsschwerpunkten Deutschlands nicht gegengerechnet. Sie stehen in einem rentablen Verhältnis zu der effizient entwickelten Funktionalität und erheblich höheren Kosten, die für einen Komplettumzug nach Berlin aufgebracht werden müssten – vor allem auch dann, wenn man beachtet, dass mit einem weiteren Umzug ein weiterer Bonn-Ausgleich verbunden wäre. Das gilt in finanzieller Sicht (beim ersten Umzug von ca. einem Drittel der ministeriellen Arbeitsplätze lag der Bonn-Ausgleich bei 1,43 Mrd. Euro) wie auch für weitere Umzüge von Bundesoberbehörden nach Bonn.

Auch der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD bekennt sich zur Existenz zweier bundespolitischer Zentren und lässt keinen Raum für Interpretationen; in ihm heißt es unmissverständlich: „Wir stehen zum Bonn-Berlin-Gesetz. Bonn bleibt das zweite bundespolitische Zentrum.“

Im deutlichen Widerspruch hierzu steht allerdings, dass die gesetzlichen Bestimmungen nur teilweise eingehalten werden und sich damit die Organisation der Bundesregierung in einem nicht gesetzeskonformen Zustand befindet:

- Seit 2008 wird die Vorschrift, wonach die Mehrzahl der ministeriellen Arbeitsplätze in Bonn angesiedelt sein soll, nicht mehr eingehalten.
- Derzeit sind bereits rund 64 Prozent der etwa 18.000 Dienstposten in Bundesministerien in Berlin angesiedelt.

Die Mitglieder des Deutschen Bundestages trafen die Entscheidung für Berlin als Bundeshauptstadt nach einer kontroversen Debatte und mit der knappen Mehrheit von 338 zu 320 Stimmen. Bei dieser Entscheidung war der festgeschriebene unbefristete Status Bonns in der Bundesrepublik Deutschland ein ausschlaggebender Faktor und damit Geschäftsgrundlage des Beschlusses. Viele Abgeordnete konnten nur so dem Beschluss zustimmen, er hätte sonst keine Mehrheit gefunden. Ein Entzug der Geschäftsgrundlage durch einen Komplettumzug wäre ein absoluter Vertrauensbruch in

die Verlässlichkeit von gesetzlichen Festlegungen und politischen Zusagen sowie treuwidriges Verhalten des Bundes gegenüber der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler und den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Die politische Behandlung des Themas der Aufgabenteilung zwischen Berlin und Bonn ist daher auch eine Frage der Verlässlichkeit und der Glaubwürdigkeit der politisch Handelnden.

Die Regierungsaufgaben werden in Bonn effizient, erfolgreich und verantwortlich wahrgenommen. Sie gewährleisten einen vom Grundgesetz ausdrücklich gewollten lebendigen Föderalismus, der die Wirklichkeit der Bundesrepublik in Abkehr von zentralistischen Vorbildern kennzeichnet. Dieser Verzicht auf eine Konzentration in einer einzigen Machtmetropole ist eine gewichtige Positionierung in der Staatsformfrage.

An dem in der deutschen Verfassungsgeschichte einmaligen Stellenwert der Bundesstadt Bonn, nicht zuletzt als „Wiege der geglückten Demokratie“ auf deutschem Boden, darf nicht gerüttelt werden. Die Bedeutung und Ausgestaltung der Bundesstadt Bonn als zweites bundespolitisches Zentrum und Sitz der Vereinten Nationen muss nachhaltig gesichert und gestärkt werden.

Im Herbst wird der Bundesregierung eine Bestandsaufnahme der Arbeitsteilung zwischen Berlin und Bonn vorgelegt. Dieses Positionspapier dient der Klarstellung der Sichtweise der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler und unserer Vorschläge, wie die erfolgreiche Arbeitsteilung gestärkt werden kann.

II. Die Bundesstadt Bonn und ihre nationalen und internationalen Funktionen

Der Ausgleich für die Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler ist bislang gelungen. Die Folgen des Verlustes von Parlaments- und Regierungssitz im damals bestimmten Ausmaß wurden erfolgreich durch Übernahme neuer Funktionen, Ansiedlungen neuer Institutionen und durch sonstige Hilfestellungen ausgeglichen. Bonn und die Region haben sich als zweites politisches Zentrum bewährt und in dieser Funktion an Profil und Renommee gewonnen: eben sowohl infolge des Ausgleichs als auch – damit maßgeblich verbunden – infolge der eng vernetzten Strukturen, die sich auf der Grundlage des Berlin/Bonn-Gesetzes und der Ausgleichsleistungen ergeben haben.

Dieser Zusammenhang gilt insbesondere mit Blick auf den ersten Dienstsitz der Ministerien für Bildung und Forschung (BMBF), für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), für Gesundheit (BMG) sowie für Verteidigung (BMVg). Die Verbindung zu diesen vor Ort ansässigen Ministerien war und ist Voraussetzung dafür, dass sich in Bonn ein hoch funktionales Netzwerk

entwickelt hat: mit den UN-Institutionen, dem World Conference Center Bonn, den Bundesministerien, Bundesbehörden, rund 150 Nichtregierungsorganisationen (NGOs), renommierten Wissenschaftseinrichtungen, Medien und international operierenden Unternehmen. Dieses Netzwerk sichert nicht nur zehntausende hochqualifizierte Arbeitsplätze in der Region, sondern es ist auch Garant für die Effektivität der politischen Arbeit, die von Bonn aus geleistet wird und von der ganz Deutschland und die internationale Staatengemeinschaft profitieren.

Es liegt daher im umfassenden politischen Interesse, dass die Bundesstadt Bonn in den Politikfeldern, in denen sich im besonderen Maße Kompetenzen und aufgrund der Netzstrukturen Alleinstellungsmerkmale herausgebildet haben, weiter ausgebaut und gestärkt wird. Insbesondere sind dies die Bereiche

- Bildung, Wissenschaft und Forschung,
- Internationale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung,
- Gesundheit,
- Umwelt und Naturschutz,
- Landwirtschaft und Ernährung,
- Telekommunikation, Cyber-Sicherheit und Datendienste und
- Kultur.

Bonn als Kompetenzzentrum für Bildung, Wissenschaft und Forschung

Die Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler hat sich – ganz im Sinne des Wortlauts des Berlin/Bonn-Gesetzes und der Ausgleichsvereinbarung – zu einem der führenden Standorte für Bildung, Wissenschaft und Forschung entwickelt. Das Zentrum der Wissenschaftsregion Bonn ist die Universität Bonn, die mit der Einrichtung eines Nord-Süd-Zentrums für Entwicklungsforschung (ZEF) und der Gründung des Zentrums für Europäische Integrationsforschung (ZEI) auch ganz unmittelbar am Bonn/Berlin-Ausgleich partizipiert hat. Daneben wurde das wissenschaftliche Profil der Region seit Mitte der 1990er Jahre durch die Hochschule Bonn-Rhein-Sieg, die Internationale Hochschule Bad Honnef Bonn (IUBH) sowie den RheinAhrCampus Remagen, die Alanus Hochschule und Forschungs- und Technologieeinrichtungen wie das center of advanced european studies and research (caesar) oder das Bonn-Aachen International Center for Information Technology (B-IT) sowie die EA European Academy of Technology and Innovation Assessment in Bad Neuenahr-Ahrweiler, die ebenfalls aus Ausgleichsmitteln geschaffen bzw. gefördert wurden, erfolgreich erweitert und ausdifferenziert. Mit der ebenso aus Mitteln des Bonn/Berlin-Ausgleichs finanzierten

biomedizinischen und neurowissenschaftlichen Technologie-Plattform Life&Brain wird zudem der Wissenstransfer in die Gesundheitswirtschaft gefördert. Die Ausgleichsmittel haben dabei auch als „Hebel“ für den Ausbau der Wissenschaftsregion gewirkt, in der sich zwischenzeitlich weitere hochrangige Forschungseinrichtungen wie z. B. das Deutsche Zentrum zur Erforschung Neurodegenerativen Erkrankungen (DZNE) angesiedelt haben. Mit dem Ausbau der Wissenschaftsregion hat zugleich eine intensive institutionelle Vernetzung „alter“ und „neuer“ Akteure der Region eingesetzt. So kooperieren z. B. Universität und Forschungszentrum caesar im Rahmen der Exzellenzinitiative ebenso wie Universität, Hochschule Bonn-Rhein-Sieg und die regionalen Fraunhofer-Institute im Rahmen des B-IT.

Diese Vernetzung greift zudem institutionell über den Wissenschaftsbereich hinaus und schlägt den inhaltlichen Bogen zu den Themen der internationalen Zusammenarbeit und nachhaltigen Entwicklung weltweit.

Die zweite Säule der Wissenschaftsregion bilden die in Bonn ansässigen führenden deutschen Wissenschaftsorganisationen wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH), der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), der Deutsche Hochschulverband (DHV), die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK), das Sekretariat der Kultusministerkonferenz (KMK) der Länder, das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE), die Studienstiftung des Deutschen Volkes sowie das Deutsche Museum Bonn. Das mit Ausgleichsmitteln ausgebaute Bonner Wissenschaftszentrum dient diesen Institutionen als Interaktionszentrum und als Veranstaltungsort mit nationaler und internationaler Reichweite. Dass die genannten Organisationen die räumliche Nähe zu den politischen Verantwortlichen und behördlichen Ansprechpartnern suchen, ist begründet und nachvollziehbar – und dies sicherzustellen ist unabdingbar und mit dem Erhalt des Erstsitzes des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) in Bonn verknüpft.

Ein weiterer Abbau von Arbeitsplätzen in Bonn bei gleichzeitiger Verlagerung nach Berlin, sei es im Ministerium selbst, sei es in den genannten Organisationen, würde die erfolgreiche Entwicklung der gesamten Wissenschaftsregion gefährden und dem – durch den Bund mit hohem Aufwand aufgebauten – Standort nachhaltig schaden. Im Gegenteil: Es ist im nationalen Interesse, dieses europaweit einmalige Cluster an Wissenschaftseinrichtungen zu sichern und gezielt weiter auszubauen.

Die Zukunft der Wissenschaftsregion liegt darin, die Verknüpfung der Hochschulen, der Forschungs- und Technologieeinrichtungen, der ansässigen Wissenschaftsorganisationen und der 18 UN-

Einrichtungen sowie der Universität der Vereinten Nationen (UNU) weiter zu intensivieren und damit die Region als nationales und internationales wissenschaftliches Kompetenzzentrum für die Herausforderungen der Weltgesellschaft noch stärker zu etablieren.

Bonn als Kompetenzzentrum für internationale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung, Umwelt, Gesundheit, Landwirtschaft und Ernährung

Der Leitgedanke des Berlin/Bonn-Gesetzes und der Ausgleichsvereinbarung, Bonn als den deutschen Standort für Entwicklungspolitik, nationale, internationale und supranationale Einrichtungen aufzubauen und zu fördern, wurde in Zusammenarbeit von Stadt, Land und Bund erfolgreich umgesetzt. Zahlreiche international arbeitende Organisationen konnten in Bonn angesiedelt werden und bilden gemeinsam mit rund 150 Nichtregierungsorganisationen – wie dem Forest Stewardship Council (FSC), der Fairtrade International (FLO) und der Internationalen Vereinigung der ökologischen Landbaubewegungen (IFOAM) als einige der wichtigsten internationalen Zertifizierungsorganisationen, das internationale Städtenetzwerk für Nachhaltigkeit (ICLEI), das 2010 sein Weltsekretariat vom kanadischen Toronto nach Bonn verlagert hat oder dem Bonner International Center for Conversion (BICC) und der Deutschen Welthungerhilfe e.V. – ein starkes Netzwerk, das angeführt wird von den Vereinten Nationen, die in 18 UN-Einrichtungen über 1.000 Mitarbeiter in Bonn beschäftigen. Inhaltliche Schwerpunkte liegen in der Nachhaltigkeit, Entwicklungszusammenarbeit sowie in Umweltfragen, was sich allem voran im Sitz des Weltklimasekretariat (UNFCCC) widerspiegelt. Daneben ist Bonn weltweit einer von nur vier Sitzen der Universität der Vereinten Nationen.

Bonn ist Deutschlands Kompetenzzentrum für Nachhaltigkeits-, Umwelt- und Entwicklungsfragen. Die großen Themen des globalen Strukturwandels – dazu gehören etwa die Klima- und Wasserforschung, biologische Vielfalt oder auch die Ernährungssicherheit – werden in internationalen Fachkreisen mit Bonn verbunden.

Ergänzt wird das Nachhaltigkeitscluster in Bonn durch zahlreiche staatliche und nicht-staatliche Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit – von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und Engagement Global über das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik bis hin zu global tätigen Hilfsorganisationen wie der Deutschen Welthungerhilfe, CARE Deutschland-Luxemburg e.V. oder Help – Hilfe zur Selbsthilfe e. V. In diesen Themenfeldern hat sich die Stadt inzwischen als Plattform für internationale Kongresse und Tagungen fest etabliert. Mit

der im Jahre 2015 erfolgten Fertigstellung des World Conference Centers Bonn sind Kongresse im UN-Standard für bis zu 5.000 Teilnehmer durchführbar.

Mit diesen Alleinstellungsmerkmalen kann Bonn auch zukünftig wichtige Aufgaben für die Bundesrepublik Deutschland und die internationale Staatengemeinschaft übernehmen. Dies betrifft insbesondere die Diskussion um Zukunftsthemen mit globaler Bedeutung aus den Bereichen Umwelt, Entwicklung, Ernährung und Gesundheit. So hat z. B. das Europäische Zentrum für Umwelt und Gesundheit (ECEH) seinen Sitz in Bonn. Als wissenschaftliches Kompetenzzentrum der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Europa berät es die Regierungen der Mitgliedstaaten in Fragen umweltbedingter Gesundheitsrisiken.

In der Medienlandschaft Rheinland bietet die Bundesstadt Bonn für den Hauptsitz der Deutschen Welle zudem exzellente Standortbedingungen; Organisationen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit kooperieren im Kontext einer globalisierten Medienkultur eng mit der Deutschen Welle.

Als Standort für Entwicklungspolitik, nationale, internationale und supranationale Einrichtungen wird Bonn auch weiterhin nur in dem Maße funktionieren können, wie die ministeriellen Ansprechpartner für diese zukunftsweisenden Themen und Fragestellungen auch physisch in Bonn ansässig sind. Der Erhalt des ersten Dienstsitzes des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG), des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) ist nicht nur inhaltlich begründet, sondern für die Vereinten Nationen sowie alle weiteren internationalen Organisationen Voraussetzung für eine weitere erfolgreiche Arbeit am Standort Bonn. Es darf zudem nicht vergessen werden, dass die Bundesregierung bei ihren Bewerbungen um UN-Einrichtungen selbst damit wirbt, dass Bonn Regierungssitz ist.

Der Bund sollte die Ansiedlung weiterer UN-Einrichtungen sowie von internationalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen durch ein Gaststaatsgesetz erleichtern, das mit Genf und Wien vergleichbare Bedingungen für Ansiedlungen schafft und nicht jedes Mal erneute Detailverhandlungen notwendig macht. Die angekündigte Einrichtung einer Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in Bonn ist eine weitere Stärkung für Bonn als Deutschlands Kompetenzzentrum für diese Themen.

Folgerichtig wäre die Einrichtung eines NGO-Campus in Bonn und eine weitere Stärkung der Aktivitäten im Bereich Erneuerbare Energien (IRENA, WWEA, REN 21).

Wie wichtig alle Akteure einschließlich der Regierungseinrichtungen in Bonn für den UN-Standort Bonn sind, betonte UN-Generalsekretär Ban Ki Moon anlässlich der Eröffnung des WCCB im Juni 2015: „The United Nations draws great strength from the presence in Bonn of several Federal Ministries, as well as the University of Bonn and the many NGO and private sector partners that are based here.“

Bonn als Kompetenzzentrum für Telekommunikation, Cyber-Sicherheit und Datendienste

Das Berlin/Bonn-Gesetz sieht den Erhalt und die Förderung des Politikbereichs Telekommunikation als wichtiges Ausbauziel für die Bundesstadt Bonn vor. Bonn und die Region weisen dafür hervorragende Ausgangsbedingungen auf. Nach einer Untersuchung der Europäischen Kommission gehört der Standort Bonn bereits heute zu den wichtigsten IT-Zentren in Deutschland und in der EU. Dabei ist es die Kombination und Vernetzung von Wirtschaft, Wissenschaft, und Bundesbehörden, die die Einzigartigkeit des IT-Clusters Bonn ausmacht: Mit den Zentralen des größten europäischen ITK-Anbieters Deutsche Telekom und des europaweit größten Logistikanbieters Deutsche Post DHL Group sowie zahlreichen kleinen und mittleren Unternehmen (Wirtschaft), der Universität Bonn mit ihrer europaweit führenden IT-Sicherheits- und Privatsphärenforschung, der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg, sechs Fraunhofer-Instituten mit ihren Forschungsclustern für datenbasierte Dienstleistungen, einem Max-Planck-Institut für Mathematik, dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) mit seiner Sicherheitsforschung mit verteidigungs- und sicherheitsrelevantem Bezug, der aus Ausgleichsmitteln errichteten Stiftung B-IT (Wissenschaft), dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) mit der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz, der Bundesbeauftragten für den Datenschutz und Informationsfreiheit sowie dem Informationstechnikzentrum Bund (ITZ Bund) und dem Kommando Strategische Aufklärung der Bundeswehr sind herausgehobene Potenziale für einen weiteren Ausbau als Kompetenzzentrum für Telekommunikation, Cybersicherheit und Datendienste vorhanden. Darüber hinaus sind auch wichtige Regulierungseinrichtungen in Bonn vertreten: das Bundeskartellamt, die Bundesnetzagentur und die Bundesanstalt für die Finanzdienstleistungsaufsicht. Das Bundesministerium für Verteidigung (BMVg) muss daher mit seinem ersten Dienstsitz sowie das

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) mit einem Dienstsitz in Bonn vertreten sein.

Bonn als kulturelles Zentrum

Bonn fällt heute die Rolle eines „Aushängeschildes“ deutscher Kultur und Lebensweise zu. Bonn ist als Standort vieler internationaler Institutionen und Austragungsort regelmäßig stattfindender UN-Kongresse in einer Gastgeberrolle für internationales Publikum, die die Stadt und die Region mit ihrer einzigartigen Dichte an Kulturinstitutionen und Museen und dem hohen Freizeitwert stellvertretend für ganz Deutschland wahrnehmen. Weitere Besucher, vor allem aus dem fernöstlichen Raum, fühlen sich durch den Geburtsort Ludwig van Beethovens wie von einer Pilgerstätte regelrecht angezogen. Die durch den Bund geförderten und zum Teil von diesem mit aufgebauten Kultureinrichtungen in Bonn tragen wesentlich zum prägenden ersten Eindruck von Deutschland bei.

Die Bonner Museumsmeile besitzt mit dem Haus der Geschichte, der Kunst- und Ausstellungshalle, dem Kunstmuseum, dem Zoologischen Forschungsmuseum Alexander Koenig und dem Deutschen Museum nationale und internationale Bedeutung. Das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, als der Ort, wo die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, der „Bonner Republik“, generationenübergreifend vermittelt wird, und an zahlreichen authentischen Orten erlebbar wird, ist folgerichtig in der Stadt beheimatet, in der eben jene Republik gegründet und politisch aufgebaut wurde. Die Beibehaltung der Bonner Dienstsitze von Bundespräsident und Bundeskanzler unterstreichen den heutigen Status Bonns als Bundesstadt und sind zugleich bauliche Zeugnisse der Hauptstadtzeit. Es ist wichtig, dass diese authentischen Stätten der deutschen Demokratie noch stärker als bislang als repräsentative Orte der Begegnung der in Bonn beheimateten politischen Institutionen und Organisationen geöffnet und genutzt werden können. Die Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland, deren Trägerschaft sich in der Hand von Bund und Ländern befindet, ist kulturinstitutioneller Ausdruck der föderalen Struktur dieses Landes. Das mit Bundes- und Landesmitteln finanzierte Arp-Museum Bahnhof Rolandseck hat sich ein internationales Renommee erworben und bildet die Verlängerung der Bonner Museumsmeile bis nach Rheinland-Pfalz.

Der 250. Geburtstag und das kulturelle Erbe des in Bonn geborenen Komponisten Ludwig van Beethoven werden im Koalitionsvertrag der Bundesregierung als „herausragende Chancen für die

Kulturnation Deutschland im In- und Ausland“ und als „nationale Aufgabe“ definiert. An dieser Aufgabe arbeiten sämtliche städtischen und regionalen Kulturinstitutionen, die freien Einrichtungen und die Universität gemeinsam – und dies nicht nur mit dem Ziel der Gestaltung des Jubiläumsjahres selbst, sondern mit dem Ziel der Entwicklung nachhaltiger Strukturen, in denen die Bewahrung des nationalen (respektive europäischen) musikkulturellen Erbes mit den Chancen der Internationalisierung, der kulturellen Integration und der technologischen Innovation verschränkt wird. Für solch einen zukunftsorientierten, synergetischen Ansatz bietet der Standort Bonn in der dichten Präsenz seiner kulturellen und kulturpolitischen (u.a. Beethoven und Schumann Häuser, Beethovenfest, Deutscher Musikrat Projekt gGmbH), wissenschaftlichen (Universität, Alanus-Hochschule, Beethovenarchiv u.a.), technologisch-medialen (Fraunhofer Institute, mittelständische und börsennotierten IKT-Unternehmen, Deutschen Welle) und internationalen Institutionen (einschließlich international operierender Förderorganisationen wie der Alexander von Humboldt-Stiftung oder dem Deutschen Akademischen Austauschdienst) ein bundesweit einmaliges Potenzial.

Dass die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien ihren Dienstsitz in Bonn hat, ist vor dem Hintergrund dieser Kulturlandschaft und den damit verbundenen Ansprechpartnern in der Region konsequent.

III. Fazit

Die Bundesstadt Bonn, der Rhein-Sieg-Kreis und der Kreis Ahrweiler erwarten, dass der Bund weiterhin zum Standort Bonn als einem von zwei bundespolitischen Zentren steht: im bundesstaatlichen Interesse, im Interesse der beiden Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, im Interesse der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler sowie des gesamten Köln/Bonner Raumes. Dies haben auch die Parlamente und Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz wiederholt zum Ausdruck gebracht. Ein in Deutschland einzigartiges innovatives Netzwerk von öffentlichen und privaten Institutionen mit zehntausenden hochqualifizierten Arbeitsplätzen darf nicht gefährdet werden.

Mit seinen direkten und indirekten Beschäftigungseffekten stellt der Bund in der Region rund 60.000 Arbeitsplätze. Er ist damit nach wie vor der größte und bedeutendste Arbeitgeber im Bonner Raum. Ein Umzug von Ministerien nach Berlin würde in der Region erhebliche negative Kettenreaktionen hervorrufen. Verluste von Arbeitsplätzen und Einwohnern, dementsprechender Rückgang von Kaufkraft, Leerstände und Wertverluste bei Wohn- und Gewerbeimmobilien sowie eine Zunahme

von Arbeitslosigkeit wären die unweigerliche Folge. Die – mit Hilfe von Bundesmitteln – erreichten Erfolge im Strukturwandel würden zunichtegemacht und wesentliche Grundlagen, auf denen sich die Zukunftsperspektiven der Region stützen, zerstört. Dies alles würde der Bund zu einem Preis erkaufen, der die öffentliche Verschuldung weiter in die Höhe treibt und die Steuerzahler zusätzlich belastet.

Die Region Bonn/Rhein-Sieg ist aufgrund ihrer Größe, Struktur und Wirtschaftskraft für die Prosperität, Entwicklung und Zukunftsperspektive des Landes Nordrhein-Westfalen von großer Bedeutung; hinzu kommen die positiven Ausstrahlungseffekte auf das nördliche Rheinland-Pfalz. In Bezug auf die Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsentwicklung hat sich der Raum Bonn/Rhein-Sieg schon in der Vergangenheit als eines der wichtigsten Wachstumszentren in Nordrhein-Westfalen erwiesen. Ohne eine starke Region Bonn/Rhein-Sieg sähe die wirtschaftliche und finanzielle Situation Nordrhein-Westfalens – das hat nicht zuletzt auch der jüngste Zukunftsatlas der Prognos AG erwiesen – erheblich ungünstiger aus. Die gravierenden Folgen, die ein Umzug der Ministerien für die Region hätte, würden auch das Land NRW auf das Härteste treffen. NRW würde eine seiner stärksten wirtschaftlichen Kraftquellen verlieren. Hinzu kommt, dass die zu erwartende Migrationswelle von Verbänden und anderen Einrichtungen nach Berlin das Land NRW überproportional treffen würde.

Eine Verstärkung der Zentralisierungstendenzen, wie sie mit einem Umzug von Ministerien nach Berlin zwangsläufig einhergehen würde, kann auch keinesfalls im bundespolitischen Interesse liegen. Deutschland ist ein föderales, dezentral strukturiertes Land. Es kennt nicht ein einziges Machtzentrum, auf das sich alles konzentriert. Die politischen und wirtschaftlichen Zentren verteilen sich über das ganze Land. Diese Dezentralität führt zu einem größeren Wettbewerb und zu einer größeren Wettbewerbsfähigkeit der Regionen und Kommunen. Hierin liegt eine der wesentlichen Stärken Deutschlands.

Seit dem Umzug der Verfassungsorgane und Regierungsfunktionen gehen von der Hauptstadt Berlin Zentralisierungstendenzen aus, wie es sie in Bonn nie gegeben hat. Viele Verbände, Medien und fast alle Botschaften, aber auch zahlreiche Firmenzentralen aus der gesamten Republik haben bereits ihren Sitz nach Berlin verlagert. Berlin ist bemüht, den Weg für weitere Verlagerungen in die Hauptstadt zu ebnen.

Die Zentralisierungsbewegungen treffen inzwischen nicht nur die Region Bonn/Rhein-Sieg und damit Nordrhein-Westfalen, sondern auch andere Regionen und Bundesländer. Durch einen Umzug von Ministerien nach Berlin würde die Sogkraft, die von der Hauptstadt ausgeht, weiter zunehmen; immer mehr Standorte, Städte und Regionen in Deutschland würden in den Strudel der Verlagerung nach Berlin geraten und eigene Perspektiven verlieren. Es liegt daher nicht nur im Interesse von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, sondern im Interesse aller Bundesländer und damit im gesamtstaatlichen Interesse, dass die föderative Balance gewahrt und die vielfältige Dezentralität Deutschlands nicht verloren geht.

Ein zusätzlicher, besonderer Aspekt liegt in der geografischen und lokalstrategischen Nähe Bonns zu Brüssel. Europäisierung und Globalisierung machen es erforderlich, dass immer mehr nationale Kompetenzen auf die europäische Ebene nach Brüssel verlagert werden. Die Lagevorteile des Standortes Bonn zur europäischen Hauptstadt Brüssel dürfen nicht leichtfertig aufgegeben werden.

IV. Position

Die Bundesstadt Bonn, der Rhein-Sieg-Kreis und der Kreis Ahrweiler fordern:

1. Das Berlin/Bonn-Gesetz gilt und darf nicht weiter ausgehöhlt werden. Es müssen verbindliche Vorkehrungen getroffen werden, damit der bisherige Rutschbahneffekt gestoppt wird. Bonn bleibt dauerhaft das zweite bundespolitische Zentrum und wird mit allen Ministerien in Bonn als solches weiterentwickelt.

2. Die in der Arbeitsteilung mit Berlin durch Bonn übernommene wichtige Funktion als Kompetenzzentrum für die Bereiche
 - Bildung, Wissenschaft und Forschung
 - internationale Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung, Umwelt, Gesundheit, Landwirtschaft und Ernährung
 - Telekommunikation, Cyber-Sicherheit und Datendienste
 - Kultur

muss im nationalen und internationalen Interesse weiter ausgebaut werden. Dafür ist es unabdingbar, dass die politisch, fachlich und thematisch korrespondierenden Bundesministerien ihren ersten Dienstsitz in Bonn behalten. Das sind alle Ministerien, die auch jetzt schon ihren ersten Dienstsitz in Bonn haben.

3. Bundespräsident und Bundeskanzler behalten ihren Dienstsitz in Bonn.
4. Bonn wird als deutsche UN-Stadt weiter ausgebaut. Dazu gehört die weitere Ansiedlung von Institutionen der Vereinten Nationen, die Verbesserung der Bedingungen für internationale Organisationen – insbesondere auch durch ein Gaststaatgesetz – und die verstärkte Anwerbung internationaler Tagungen und Kongresse in der UN-Stadt Bonn.

Die Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler erwartet von den Landtagen und Regierungen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, dass sie diese Forderungen und Vorschläge wie in der Vergangenheit weiter aktiv unterstützen.

Impressum

Herausgeber: Der Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn,
Der Landrat des Rhein-Sieg-Kreises, Der Landrat des Kreises Ahrweiler

Autoren: Bundesstadt Bonn und Rhein-Sieg-Kreis unter Beteiligung des
Kreises Ahrweiler, der Universität Bonn und des Region Köln/Bonn e.V.
sowie der Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordneten der Region
Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler

Bonn, 4. Juli 2016